Aus der Arbeit des Verwaltungsausschusses
Sitzung vom 05.10.2020

1. Jahresbericht 2019/2020 der Arbeitskreise der Renninger Agenda

Die Arbeitskreise der Renninger Agenda gaben dem Verwaltungsausschuss einen ausführlichen Überblick über die von ihnen durchgeführten und derzeit geplanten Projekte. Zwei der Arbeitskreise stellten sich dabei dem Verwaltungsausschuss persönlich vor und berichteten von ihren Vorhaben:

Der am 27.07.2020 gegründete Agenda-Arbeitskreis Lokaler Klimaschutz umfasst derzeit 12 Mitwirkende. Neben der Initiierung und Durchführung konkreter Maßnahmen zum Klimaschutz möchte der Arbeitskreis insbesondere auch verstärkte kommunale Anstrengungen im Bereich Klimaschutz (z.B. geplante Erarbeitung eines Klimaschutzkonzepts der Stadt Renningen) mit begleiten.

Als erste Ziele für die Arbeit wurden definiert:

- Entwicklung und Unterstützung eines ganzheitlichen Klimaschutzkonzepts der Stadt Renningen
- „Bäume pflanzen“ als Maßnahmen zum aktiven Klimaschutz
- Modellfamilien begleiten – jede(r) kann einen Beitrag zum Klimaschutz leisten

Zu Sprechern des Arbeitskreises wurden Frau Julia Dittus-Chatziagiannidis und Herr Dr. Marco Lang bestimmt.

Nachdem das Mehrgenerationenhaus in der Strohgäustraße erfolgreich fertiggestellt und bezogen worden war, wurde festgestellt, dass bei den Bürger(innen) Bedarf und Interesse besteht, ein weiteres gemeinschaftliches Wohnprojekt zu verwirklichen. Inzwischen plant eine Initiativgruppe (Agenda-Arbeitskreis Mehrgenerationenhaus II), ein zweites Mehrgenerationenhaus im Baugebiet Schnallenäcker III zu verwirklichen. Der Arbeitskreis Mehrgenerationenhaus II lud alle Interessierten herzlich ein zu einem Vortrag zum Thema Baugemeinschaften in Kooperation mit dem VdK Renningen & Malmsheim und dem VdK Rutesheim am 07.10.2020.

Eine detaillierte Übersicht über die Agenda-Projekte finden Sie auf der Homepage der Stadt Renningen (www.renningen.de) im Bürgerinformationsportal bzw. auf der Internetseite der Renninger Agenda (www.agenda-renningen.de). Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten erhalten Sie auch im Agendabüro im Rathaus Renningen.

Bürgermeister Wolfgang Faißt bedankte sich bei allen Arbeitskreissprechern für den informativen Bericht sowie bei allen Agenda-Mitwirkenden für deren großes und vielseitiges ehrenamtliches Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung der dargestellten Agenda-Projekte. Der vorgestellte Bericht zeige anschaulich das breite Spektrum der Tätigkeit der Renninger Agenda. Bürgermeister Faißt wies darauf hin, die geplante Erstellung eines Klimaschutzkonzepts erfordere zwingend zusätzliches Personal hierfür im kommenden Jahr, da diese zusätzliche Aufgabe mit dem bestehenden Personal nicht geleistet werden kann.

Bürgermeister Faißt brachte abschließend zum Ausdruck, er freue sich auf eine Fortsetzung der guten und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen der Renninger Agenda.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** vom vorgestellten Jahresbericht 2019/2020 der Agenda-Arbeitskreise **Kenntnis**.

2. Innenentwicklung Bereich Merklinger Straße/Gartenstraße: Billigung des städtebaulichen Vorentwurfs und Beauftragung der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) als Maßnahmeträger der Bodenordnung und Erschließung

Die Verwaltung stellte einleitend dar, Stadtverwaltung und Gemeinderat hätten im Jahr 2016 einen Prozess zur Intensivierung der baulichen Innenentwicklung angestoßen. Ziel soll es sein, den Flächenverbrauch für Neubaugebiete im Außenbereich zu begrenzen und die vorhandenen Innenentwicklungspotenziale zu nutzen. Dabei steht nicht nur eine Nachverdichtung durch die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Bestand im Fokus, sondern auch eine Aufwertung der innerstädtischen Wohnqualität durch bessere Strukturierung von Grün- und Aufenthaltsbereichen und die Reaktivierung von Leerständen. Im Zuge der städtischen Überlegungen zur Stärkung geordneter Innenentwicklungsmaßnahmen waren sich Gemeinderat und Verwaltung darüber einig, dass künftig bei der Genehmigung von Bauvorhaben „in zweiter Reihe“ ohne öffentliche Erschließung restriktiver vorgegangen werden muss. Baugenehmigungen sollen demnach in diesen Fällen grundsätzlich nur noch erteilt werden, wenn eine Bebauung von Hinterliegergrundstücken mit privater Erschließung nicht langfristig die Nachverdichtung anderer Innenentwicklungsflächen in diesem Bereich beeinträchtigen können. Stattdessen sollen im Einvernehmen mit allen sonstigen beteiligten Eigentümern betroffener Innenbereiche durch die Aufstellung von Bebauungsplänen, Baulandumlegungen und öffentliche Erschließungsanlagen städtebaulich geordnete Innenquartiere mit hoher Qualität sichergestellt werden.

Im Zuge des Landesförderprogramms „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ hat die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (IfSR), Nürtingen, die vorrangigen Nachverdichtungsflächen in Renningen und Malsheim erhoben und im Gemeinderat vorgestellt. Hierzu gehört auch das Gebiet zwischen Gartenstraße und Merklinger Straße.

Das Innenentwicklungsgebiet liegt am Rande des alten Ortskerns von Malsheim. Ein Bebauungsplan liegt nicht vor. Die Bestandsgebäude im Gebiet sind entlang der Merklinger Straße als Hakenhoftyp ausgebildet - d.h. Wohnhaus an der Straße und im hinteren Bereich die Scheuer - weiter ortsauswärts lockert dieser Typus auf. Die historischen, teils schon umgenutzten Bauernhäuser mit Scheune entlang der Gartenstraße wechseln mit Doppel- und Einfamilienhäusern neuern Datums ab. Hangoberseitig liegt die Höhe der Gebäude bei einem Geschoss mit einer Sockelausbildung, zur nach Süden ragen die Gebäude meist um ein zusätzliches Geschoss aus dem Hang heraus. Im Gebiet liegen noch nicht bebaute Flurstücke, am Rand als Schrebergarten genutzt, innenliegend befinden sich teils extensiv gepflegte Wiesengrundstücke mit einzelnen Bäumen. Die innenliegenden Flurstücke sind nicht erschlossen, und es besteht kein Baurecht.

In einem östlichen Teilbereich des Gebietes hatte der Ausschuss Planen Technik Bauen bereits im Dezember 2016 eine Bauvoranfrage für eine Bebauung des innenliegenden Gartenbereichs mit privater Erschließung von Süden über das Grundstück der inzwischen abgebrochenen Scheune Merklinger Str. 20 abgelehnt, jedoch für den Fall einer großen Lösung für den gesamten unbebauten Innenbereich die Aufstellung eines Bebauungsplanes in öffentlicher Erschließung in Aussicht gestellt. Das Büro IfSR wurde deshalb beauftragt, eine Planungsskizze zur städtebaulichen Neuordnung und geordneten Erschließung des Innenbereichs zu erstellen, um auf dieser Grundlage mit den Grundstückseigentümern im Gebiet bzgl. einer geordneten baulichen Innenentwicklung ins Gespräch zu kommen.

Auf dieser Grundlage wurden vom Ersten Beigeordneten und Stadtbaumeister mit Ansprechpartnern aller Grundstücke des betreffenden Innenentwicklungsbereichs Gespräche geführt. Dabei wurden die Wünsche bzgl. einer weiteren baulichen Entwicklung des Innenbereichs abgefragt und der Ablauf eines freiwilligen Umlegungsverfahrens analog den Regelungen in den Neubaugebieten Schnallenäcker II und III dargelegt (Umlegung, Flächenabzug, Einschaltung Erschließungsträger, Kostentragung für die Erschließungsanlagen). Die

Gespräche verliefen sehr vertrauensvoll und positiv. Als Zwischenergebnis konnte festgestellt werden, dass alle Beteiligten bzgl. der städtebaulichen Entwicklung ihrer innenliegenden Gärten grundsätzlich weiter gesprächsbereit sind. Die endgültige Zustimmung wird letztendlich von den konkreten Konditionen abhängig gemacht.

Nachdem die städtebauliche Neuordnung im Wege eines freiwilligen Umlegungsverfahrens nach den ersten Eigentümergesprächen möglicherweise Aussicht auf Erfolg hat, hatte der Gemeinderat am 23.07.2018 dem geplanten Verfahren zum weiteren Vorgehen zugestimmt und beschlossen,

- das Büro ARP, Stuttgart, auf Grundlage der HOAI mit der Ausarbeitung eines städtebaulichen Vorentwurfs zu beauftragen;
- das Ingenieurbüro Schädel, Weil der Stadt, auf Grundlage der HOAI mit der Entwurfsplanung und Kostenschätzung für die Erschließungsanlagen zu beauftragen;
- bei der LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) ein Honorarangebot für die Betreuung als Maßnahmeträger der Bodenordnung und Erschließung einzuholen.

Die Beschlüsse wurden von der Verwaltung zwischenzeitlich vollzogen und die angeforderten Planungen und Angebote eingeholt und intern vorbesprochen. Wegen der höheren Priorität anderer dringlicher Projekte (u.a. Rahmenplan Bahnhofstraße/Stadtmitte, Innenentwicklung Bereich Malmshheimer-/Weil der Städter Straße, Innenentwicklung Bereich Mühlgasse, Neubaugebiet Schnallenäcker III, Grundstücksverhandlungen Hochwasserschutz, Neues Rathaus Bahnhofstraße) und zuletzt wegen der Corona-Pandemie konnte die Innenentwicklungsmaßnahme leider nicht so zeitnah weiterverfolgt werden, wie zunächst beabsichtigt, und die weitere Bearbeitung verzögerte sich entsprechend. Die Sommerpause 2020 wurde nun dazu genutzt, einen aktualisierten Sachstandsbericht zu erarbeiten, die Entscheidungsgrundlagen zu vervollständigen und im September 2020 in den Ausschüssen und im Gemeinderat vorzubereiten.

Das Büro ARP erarbeitete aus den ersten planerischen Überlegungen des Büros IfSR in Abstimmung mit der Verwaltung einen städtebaulichen Vorentwurf vom 26.11.2018, der eine Anbindung des Baugebietes von Norden an die Gartenstraße und zusätzlich auch von Westen an die Merklinger Straße vorsieht, um einerseits den Verkehr besser zu verteilen und andererseits die Führung des Abwasserkanals in öffentlichen Flächen zu gewährleisten. Ziel des städtebaulichen Vorentwurfs war eine Bebaubarkeit des Gebiets zu ermöglichen, ohne die angrenzenden Bestandshäuser vor allem in Bezug auf Aussicht und Besonnung zu beeinträchtigen.

Vorgeschlagen wird eine Bebauung, die hauptsächlich aus Einzel- und Doppelhaustypen besteht, in der Baulücke an der Gartenstraße und an der Ecke Bühl-/Gartenstraße durchaus aber auch Mehrfamilienhäuser vorsehen kann. Am Rand kann eine Gebäudehöhe von bis zu zwei Geschossen vorgesehen werden, innenliegend sollte 1,5 Geschosse nicht überschritten werden. Um die Fernwirkung des Gebietes mit der umgebenden, teils historischen Bebauung als homogene Einheit wirken zu lassen, werden Satteldächer vorgeschlagen. Auf Garagen und erdüberdeckten Bauwerken soll eine Begrünung erfolgen. Die öffentliche Straße kann als verkehrsberuhigter Bereich ausgestaltet und mit der Öffnung zur Heimsheimer Straße die Durchfahrt für Müll- und Lieferfahrzeuge ermöglicht werden. Für die Gebäude Heimsheimer Straße 4 und 4/1 sowie 6 wird eine Erweiterung der Grundstücksflächen (Gartenflächen) nach Osten angeboten. Das Gebäude Heimsheimer Straße 10 kann unabhängig vom Gesamtkonzept durch einen Neubau ersetzt werden.

Der städtebauliche Vorentwurf stellt eine erschließungstechnisch mögliche und hinsichtlich der Gebäudeanordnung und Baumassen städtebaulich verträgliche Möglichkeit dar, wie der Innenentwicklungsbereich aussehen könnte. Er dient als Diskussionsgrundlage zum Einstieg in die Gespräche mit den Eigentümern. Da ein freiwilliges Verfahren angestrebt wird, haben diese die Möglichkeit, auch abweichende Bebauungswünsche und Vorschläge einzubringen, die auch planerisch weiterverfolgt werden können, sofern sie mit den Grundzügen der Planung vereinbar sind. Der städtebauliche Vorentwurf hat deshalb ausdrücklich nicht die Qualität eines

Bebauungsplanvorentwurfs und „lebt“ demzufolge. Entscheidend für die weitere Planung wird sein, inwieweit die Eigentümer die Grundstücke weiter im Eigentum behalten, selbst bebauen oder an die Stadt oder einen Investor abgeben möchten.

Die Verwaltung stellte des Weiteren dar, entsprechend dem Gemeinderats-Beschluss vom 23.07.2018 sei die KE aufgefordert worden, ein Honorarangebot mit demselben Leistungsbild wie beim Gebiet „Schnallenäcker III“ abzugeben. Geschäftsgrundlage ist die Durchführung der Bodenordnung als vereinbarte amtliche Umlegung und Erschließung auf eigene Rechnung mit Refinanzierung durch die zugewiesenen Grundstückseigentümer auf der Grundlage privatrechtlicher Kostentragungsvereinbarungen. Kommt ein freiwilliges Verfahren nicht zustande, und wird die Zusammenarbeit mit der KE deshalb beendet, hat die Stadt der KE ihre entstandenen Auslagen zu erstatten. Den rechtlichen Rahmen zwischen Stadt und KE bildet ein städtebaulicher Vertrag und ein Erschließungsvertrag

Der Aufwand zur Erzielung der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer in einem gewachsenen innerörtlichen Bestand ist schwerer abschätzbar, als bei einer Baulandentwicklung im Außenbereich. Außerdem ist wegen der stark unterschiedlichen Grundstückswerte durch die Einbeziehung bereits bebauter Grundstücke hier statt einer Flächenumlegung ggf. eine Wertumlegung durchzuführen, bei der jedes Grundstück wertmäßig separat betrachtet werden muss. Demzufolge ist es für die Verwaltung nachvollziehbar, dass die KE hier – anders als in den Gebieten Schnallenäcker II und III – kein pauschaliertes Honorarangebot kalkulieren konnte und man sich nun stattdessen auf eine Abrechnung der angebotenen Leistungsmodule nach Zeitaufwand verständigt hat.

Das entsprechende Honorarangebot der KE vom 13.08.2020 wurde dem Gemeinderat in der Sitzungsrunde September 2020 zur Kenntnis gebracht und umfasst folgende Leistungsmodule:

- Wirtschaftlichkeitsberechnung
- Erzielung der Mitwirkungsbereitschaft
- Durchführung der Bodenordnung bzw. der Umlegung
- Erschließungsträgerschaft
- Finanzbetreuung

Die angebotenen Stundensätze sind marktüblich. Sie betragen netto für Projektleiter (Hochschulabschluss) 108,40 €, für Sachbearbeiter 84,80 € und für die Projektassistenz 56,10 €. Die Finanzbetreuung wird mit einem Pauschalhonorar von 5.900 € vergütet.

Als weitere Honorierung partizipiert die KE erfolgsabhängig bei der Vergabe der Erschließungsarbeiten an den Einsparungen durch Nachverhandlung gegenüber dem Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung in Höhe von 20 %, die zugewiesenen Grundstückseigentümer zu 80 %.

Die Verwaltung hält das Honorarangebot für fair und ausgewogen und schlug eine entsprechende Beauftragung der KE vor.

Nach der Billigung des städtebaulichen Vorentwurfs und Beauftragung der KE als Maßnahmeträger der Bodenordnung und Erschließung wären in nachfolgender Abfolge die nächsten wesentlichen Schritte:

- Beauftragung der erforderlichen Planungs-, Ingenieurbüros und Gutachten durch die KE,
- Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Ermittlung der voraussichtlichen Gesteungskosten des Baugebietes bezogen auf den m² Zuteilungsfläche,
- Gemeinderatsbeschluss über die Konditionen für ein freiwilliges Verfahren der Bodenordnung und Erschließung,
- Erzielung der Mitwirkungsbereitschaft mit allen Eigentümern im Plangebiet und Erhebung der Bau- und Zuteilungswünsche durch die KE,

- Einleitung des Bebauungsplanverfahrens und des amtlichen Umlegungsverfahrens nach schriftlicher Erklärung der Mitwirkungsbereitschaft aller Eigentümer,
- Abschluss einer Kostentragsvereinbarung aller Eigentümer mit der KE; anschließend Abschluss des Bebauungsplan- und Umlegungsverfahrens mit Zuteilung der Baugrundstücke an die Umlegungsbeteiligten und die Stadt,
- Abschluss eines Erschließungsvertrags mit der KE,
- Ausschreibung, Vergabe, Bau und Abrechnung der Erschließungsarbeiten durch die KE; nach Fertigstellung Übertragung der Erschließungsanlagen an die Stadt.

Zu den finanziellen Auswirkungen stellte die Verwaltung dar, nach der Beauftragung der KE trete diese in die bereits von der Stadt abgeschlossenen Ingenieurverträge ein, erstatte der Stadt ihre bisherigen Auslagen und rechne bei Zustandekommen des freiwilligen Verfahrens die anfallenden Gestehungskosten der Erschließungsmaßnahme mit den beteiligten Grundstückseigentümern auf privatrechtlicher Basis ab. In diesem Fall entstehen der Stadt keine Kosten, mit Ausnahme der auf eventuelle städtische Baugrundstücke entfallenden anteiligen Gestehungskosten.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:

1. Der vorgestellte städtebauliche Vorentwurf wird gebilligt.
2. Die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH (KE) wird auf der Grundlage ihres Angebots vom 13.08.2020 als Maßnahmeträger der Bodenordnung und Erschließung beauftragt.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Hundesteuersatzung

Die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte mit Schreiben vom 11.09.2020, die Hundesteuer auf Antrag auf die Hälfte zu reduzieren nach erfolgter Absolvierung einer Begleithundeprüfung und/oder des Hundeführerscheins.

Die Antragsteller führten zur Begründung ihres Antrags aus, dass durch die Reduzierung der Hundesteuer unter den genannten beiden Tatbeständen für die Hundehalter ein Anreiz geschaffen wird zur Absolvierung der Prüfung geschaffen wird. Durch die Prüfung würden die Hundehalter mehr in die Pflicht genommen, eine gute Erziehung ihres Tieres zu gewährleisten und somit für mehr Sicherheit zu sorgen. Zusätzlich soll durch die Beschäftigung mit dem Hund für ein besseres Verständnis für Hunde und mehr Sorgfalt gegenüber anderen, insbesondere was die Hinterlassenschaften der Hunde betrifft, gefördert werden.

Die Verwaltung stellte dar, Ziel der Hundesteuer sei nicht nur der finanzielle Ertrag, sondern in zulässiger Weise auch der ordnungsbehördliche Zweck zur Eindämmung der Hundehaltung und der damit verbundenen Belästigungen und Gefahren für die Allgemeinheit (Verschmutzung von Gehwegen, Kinderspielplätzen, Parkanlagen und anderen öffentlichen Einrichtungen durch Hundekot, Gefährdung von Kindern, Fußgängern und Radfahrern usw.).

In § 6 der Hundesteuersatzung der Stadt Renningen sind insgesamt 13 Tatbestände für Steuerbefreiungen geregelt (z.B. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfsbedürftiger Personen dienen, Sanitäts- und Rettungshunde, Diensthunde, Hunde, die im Rahmen eines Forstbetriebes gehalten werden und die für den Forst- und Jagdschutz erforderlich sind etc.)

Mit dieser Vielzahl an Befreiungstatbeständen geht die Satzung der Stadt Renningen bereits weit über das Satzungsmuster des Gemeindetages mit nur 3 Befreiungstatbeständen hinaus. Durch die Einführung weiterer Steuerbefreiungen oder Steuerermäßigungen erhöht sich der damit verbundene Verwaltungsaufwand für die Prüfung der Voraussetzungen, Anforderung

von Unterlagen, Umgang mit Grenzfällen usw.

Obwohl die Zahl der im Stadtgebiet gehaltenen Hunde in den vergangenen Jahren zugenommen hat, ist kein signifikanter Anstieg bei den Beschwerden wegen Belästigungen zu verzeichnen. Auch Beißvorfälle haben nicht merklich zugenommen. Allerdings stellen die Verschmutzungen durch Hundekot ein ständiges Problem dar.

Ob durch eine Steuerermäßigung die Zahl der Hundehalter, die sich um Hundeführerschein oder Begleithundeprüfung bemüht, merklich zunimmt und damit eine Lösung des Verschmutzungsproblems bewirkt werden kann, erscheint nach einer Umfrage bei Gemeinden mit entsprechenden Satzungsregelungen jedoch fraglich:

- In Holzgerlingen ist die Steuer nur bei 32 von ca. 480 Hunden ermäßigt, das entspricht einem Anteil von 6,7%. Der reguläre Steuersatz liegt hier bei 120,00 €.
- In Sindelfingen wird die Steuerermäßigung für 150 von ca. 1600 Hunden gewährt (9,4%). Hier bestanden bereits Überlegungen, den Ermäßigungstatbestand wieder abzuschaffen. Hauptsächlich kommen hier Hundehalter mit Rassehunden wie z.B. Schäferhunden, Labradors etc. in den Genuss der Steuerermäßigung, da viele von ihnen ohnehin in einem Hundesportverein aktiv sind und eine Begleithundeprüfung vorweisen können. Der weit überwiegende Teil der Hundehalter macht von der Möglichkeit einer Steuerermäßigung keinen Gebrauch. In Sindelfingen liegt der reguläre Steuersatz wie in Renningen bei 96,00 €.
- In Ehningen wurden ähnliche Erfahrungen gemacht wie in Sindelfingen. Es sind insgesamt nur wenige Fälle, die die Steuerbefreiung in Anspruch nehmen. Die meisten hiervon konnten bereits bei Anmeldung des Hundes eine Begleithundeprüfung nachweisen. Innerhalb von 5 Jahren seien einer oder zwei Fälle vorgekommen, in denen gezielt eine Begleithundeprüfung absolviert wurde um den ermäßigten Steuersatz zu erhalten. Der reguläre Steuersatz liegt in Ehningen bei 100,00 €.

Die Einführung weiterer Steuervergünstigungen würde zum einen dem genannten Ziel der Eindämmung der Hundehaltung entgegenstehen und zum anderen zu Einnahmeausfällen führen und damit den städtischen Haushalt weiter belasten. Einen Vorschlag zur Kompensation des Einnahmeausfalls enthält der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht.

Der Verwaltung empfahl daher, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ermäßigung der Hundesteuer nach erfolgreicher Absolvierung einer Begleithundeprüfung und/oder des Hundeführerscheins abzulehnen.

Der Verwaltungsausschuss **empfohl** dem Gemeinderat bei vier Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung folgende Beschlussfassung:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ermäßigung der Hundesteuer nach erfolgreicher Absolvierung einer Begleithundeprüfung und/oder des Hundeführerscheins wird abgelehnt.

4. Erstattung der entgangenen Kindergartengebühren an kirchliche Träger

Um die Ausbreitung des Coronavirus zu verzögern, beschloss die Landesregierung im Zeitraum vom 17. März bis einschließlich 19. April 2020 die vollständige Schließung der Kitas und Schulen in Baden-Württemberg. Ausgenommen hiervon waren Kinder, für die eine Notfallbetreuung notwendig wurde. Die Notfallbetreuung wurde in Renningen zentral im Kindergarten Schnallenäcker organisiert, da insgesamt nur 5 Kinder angemeldet wurden. In

der zentralen Notfallbetreuung wurden Erzieher*innen aus allen Renninger Kindertageseinrichtungen jeweils für eine Woche (5 Stunden/Tag) eingesetzt, um keine Unzufriedenheit zwischen den Einrichtungen zu erzeugen.

Am 16.05. wurde die neue CoronaVO bekanntgegeben, welche mit Wirkung zum 18.05. die Möglichkeit schuf, bis zu 50 % der genehmigten Kinderzahl je Einrichtung dezentral im Rahmen der eingeschränkten Regelbetreuung zu betreuen. Durch die im Vorfeld erarbeiteten Hygienekonzepte ließen sich in Renningen schrittweise (kleinere Einrichtungen zuerst, größere mit Versatz) sämtliche Kindertageseinrichtungen wieder in Betrieb nehmen.

Der Evang. Kindergarten Kronenstraße wurde während der Schließung saniert. Bedingt durch die Sanierungsarbeiten war der Kindergarten auch über den 18.05. hinaus nicht nutzbar. Der Träger des Kindergartens hat nach Rücksprache mit der Stadt Renningen entschieden, die eingeschränkte Regelbetreuung für die beiden Evang. Kindergärten Kronenstraße und Blumenstraße zusammen in der Blumenstraße anzubieten bis die Bauarbeiten abgeschlossen sind. Dadurch konnten beide Einrichtungen max. 25 % der regulären Kinderzahl betreuen und mussten dementsprechende Gebühreneinbußen verbuchen.

Ab 15.06.2020 konnten die Kinder des Evang. Kindergartens Kronenstraße wieder in ihrer Stammeinrichtung betreut werden.

Der Normalbetrieb unter Pandemiebedingungen konnte zum 29.06.2020 wiederaufgenommen werden.

Die gemeinsame Finanzkommission (GFK) bestehend aus den kommunalen Spitzenverbänden und dem Land Baden-Württemberg hat sich auf eine Aufstockung der Soforthilfen um 50 Mio. € geeinigt, mit der insbesondere kommunale, kirchliche und freie Träger beim Verzicht auf Elternbeiträge und Gebühren für geschlossene Kindertagesstätten, Kindergärten sowie in der Kindertagespflege während des Lockdowns unterstützt werden sollen. Es besteht dahingehend Konsens, dass die erhaltenen Mittel an die freien und kirchlichen Träger weiterzuleiten sind, um dadurch die vorhandene Angebotsvielfalt zu erhalten und die Aufgabe von Kindergartenbetreibern aufgrund entgangener Einnahmen durch die Coronapandemie zu vermeiden.

Von umliegenden Kommunen (Böblingen, Sindelfingen und Leonberg) liegen bereits Beschlüsse vor, die Einnahmeausfälle von freien und kirchlichen Trägern zu ersetzen.

Daher schlug die Verwaltung vor, die Einnahmeausfälle auch in Renningen zu ersetzen.

Der Gemeinderat der Stadt Renningen hat beschlossen, die Kindergartengebühren inmitten dieser wirtschaftlich instabilen Situation nicht erhöhen zu wollen. Die turnusmäßige Erhöhung wurde daher von September 2020 auf den Jahreswechsel 2020/2021 verschoben. Durch die Verschiebung der Gebührenerhöhung kommen auf die kirchlichen Träger Mindereinnahmen für die Monate September bis einschließlich Dezember 2020 zu. Vor dem Hintergrund dessen, dass die Stadt zwischen 85 und 90 % des Abmangels der Kindergärten trägt, wird keine Notwendigkeit gesehen, den Gebührenaufschlag aus entgangener Gebührenerhöhung separat zu entschädigen. Durch die hohe Abmangelbeteiligung der Stadt wird der Gebührenaufschlag durch die verschobene Gebührenerhöhung lediglich in Höhe von 10-15 % von der Kirche getragen.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadt Renningen erstattet den kirchlichen Trägern die durch die Coronapandemie entstandenen Ausfälle bei den Kindergartengebühren entsprechend der vorgelegten Erhebungen für die Monate März bis Juni 2020.
2. Die Stadt Renningen wird die Mindereinnahmen der kirchlichen Träger durch die Erhöhung der Kindergartengebühren zum 01.01.2021 statt zum 01.09.2020 nicht ausgleichen.

5. Beschaffung eines neuen Primärspeichers für die Stadt Renningen

Die Geräte zur Speicherung sämtlicher digitaler städtischer Daten (Primärspeicher) wurden 2014 in Betrieb genommen. Nach nunmehr sechs Jahren ist der Primärspeicher an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen. Im alltäglichen Betrieb wird es zunehmend spürbar, dass der Abruf von Daten längere Zeit benötigt. Die Reaktionszeit des zentralen Finanzwesens ist zum Teil als grenzwertig anzusehen.

Durch die späte Verabschiedung des Haushaltes 2020 aufgrund der NKHR-Einführung und durch die Corona-Krise hat sich die Beschaffung des neuen Primärspeichers um ca. 6 Monate verzögert. Der verfügbare Platz nimmt rapide ab und es wird damit gerechnet, dass im letzten Quartal die Auftragslage am Markt hoch sein wird. Das Ausmaß der Dringlichkeit für die Ersatzbeschaffung des Primärspeichers war vorher nicht absehbar. Aus diesen Gründen wurde die Beschaffung als eilbedürftig eingestuft und eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.

Im Zuge der beschränkten Ausschreibung wurden drei Angebote für die Beschaffung und Inbetriebnahme der Hardware eingeholt. Da ein Bieter die Inbetriebnahme nicht mit angeboten hat, konnte das Angebot wegen Unvollständigkeit nicht gewertet werden. Bei den gewerteten Angeboten ergibt sich folgende Reihenfolge:

Rang	Bieter	Hardwarekosten	Dienstleistung	Summe
1	Bechtle GmbH	61.964,88 €	16.588,00 €	78.552,88 €
2	XXX	70.031,52 €	21.112,00 €	91.143,52 €

Einziges Wertungskriterium der Ausschreibung war der Preis.

Der Verwaltungsausschuss fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Auftrag zur Lieferung und Inbetriebnahme des neuen Primärspeichers wird an die Firma Bechtle GmbH aus Stuttgart mit einem Bruttoauftragswert von 78.552,88 € vergeben.

6. Jobrad bei der Stadt Renningen - Bezuschussung des Fahrradkaufs für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bedingt durch die technische Weiterentwicklung, insbesondere die Elektrifizierung des Fahrrads (E-Bike, Pedelec und Speed-Pedelec) ist das Fahrrad mittlerweile eine vollwertige Alternative für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber einem Auto bzw. dem Öffentlichen Personennahverkehr geworden, um den Arbeitsweg schnell, umweltfreundlich und kostengünstig zurückzulegen. Mit einem finanziellen Zuschuss zum Erwerb eines Fahrrads sollen noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu angeregt werden, das Auto stehenzulassen und auf das Fahrrad umzugsteigen.

Das aus der freien Wirtschaft bekannte JobRad-Modell sieht vor, dass die Beschäftigten ein Fahrrad leasen und die Leasingraten in Form von Entgeltumwandlungen begleichen. Dadurch können die Beschäftigten Steuerausgaben sparen, da sich das zu versteuernde Entgelt reduziert. Aufgrund der Regelungen des TVöD ist dieses Modell aber nicht realisierbar, da der TVöD Entgeltumwandlungen ausschließlich für die Altersvorsorge zulässt.

Als Alternative dazu soll das Modell des Landratsamt Böblingen verfolgt werden, das zum 01.10.2020 eingeführt wird. Dieses sieht beim Neukauf eines Fahrrads durch die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 360 € netto vor, wobei der Arbeitgeber die pauschale Besteuerung dieses geldwerten Vorteils übernimmt.

Mit der Bezuschussung beim Kauf eines Fahrrads soll erreicht werden, dass die Beschäftigten der Stadtverwaltung Renningen zu einem Umstieg auf das Fahrrad motiviert werden. Dies

- stärkt die Attraktivität als Arbeitgeber (Mitarbeitergewinnung und -bindung),
- erhöht die Mitarbeitermotivation durch Identifikation mit dem Arbeitgeber,
- verbessert die Fitness und Gesundheit der Beschäftigten,
- entlastet die angespannte Parkplatzsituation an den Arbeitsorten.

Für die Gewährung des Zuschusses sollen folgende Rahmenbedingungen gelten:

1. Sowohl Beamte als auch Beschäftigte können einen Zuschuss erhalten. Der Zuschuss wird ausschließlich für Fahrräder gewährt, die durch Beamte und Beschäftigte der Stadt Renningen selbst genutzt werden, nicht für deren Familienmitglieder.
2. Der Zuschuss beträgt einmalig 360 €. Die Pauschalversteuerung in Höhe von 15% der Zuschusssumme übernimmt die Stadt Renningen. Ein erneuter Zuschuss zur Beschaffung eines Fahrrads kann frühestens nach Ablauf von sieben Jahren gewährt werden.
3. Der Antragsteller muss seit mindestens einem Jahr für die Stadt Renningen tätig sein. Das Beschäftigungsverhältnis darf nicht befristet sein.
4. Sofern das Beschäftigungsverhältnis mit der Stadt Renningen innerhalb von drei Jahren nach Auszahlung des Zuschusses beendet wird oder eine Versetzung zu einem anderen Dienstherrn erfolgt, ist der Zuschuss zurückzuzahlen.
5. Ein Zuschuss wird auch dann gewährt, wenn der/die Mitarbeiter/in bereits ein Jobticket in Anspruch nimmt.
6. Das angeschaffte Fahrrad muss neu und straßentauglich sein. Der Zuschuss wird maximal in Höhe des Kaufpreises gewährt.
7. Der Zuschuss kann bei der Abteilung Personal und Organisation beantragt werden. Dabei ist der Kaufvertrag sowie der Zahlungsbeleg in Kopie vorzulegen. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt über die Entgeltabrechnung.

Zuschüsse werden nur für Fahrräder gewährt, die ab dem 01.11.2020 gekauft werden.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig folgende Beschlussfassung:

1. Die Stadt Renningen führt eine Förderung für den Erwerb eines Fahrrads durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter analog dem Jobrad-Modell zum 01.11.2020 ein.
2. Dabei wird der Erwerb eines Fahrrads mit einem Einmalzuschuss von 360,00 € netto bezuschusst.

7. Verschiedenes/Bekanntgaben

1. Coronabedingte Absage verschiedener städtischer Veranstaltungen

Bürgermeister Faißt gab bekannt, auf Kreisebene habe man sich verständigt, dass die meisten Kommunen Weihnachtsmärkte in diesem Jahr absagen. Die Weihnachtsmärkte zeichneten sich durch gemütliche Atmosphäre, geselliges Beisammensein und viele Besucherkontakte aus; ein Hygienekonzept mit beschränktem Besuchereinlass und Einbahnregelungen würde diesen Charakter infrage stellen. Im Vordergrund stehe der Schutz der Bevölkerung, sodass die Verwaltung nun leider den für das erste Adventswochenende geplanten Renninger Weihnachtsmarkt absagen musste. Die Verwaltung hoffe auf eine Fortsetzung des Renninger Weihnachtsmarkts im Jahr 2021.

Auch die für den 20.11.2020 geplante Gedenkstunde für den Frieden müsse leider ebenfalls entfallen.

Heute habe die Verwaltung ferner entschieden, dass auch der vorgesehene Archäologische Vortrag nicht stattfinden kann. Die Verwaltung plane, dass der Vortrag im kommenden Jahr nachgeholt wird.

Wie bereits bekanntgegeben, hätten aufgrund der Corona-Pandemie zudem folgende weitere städtische Veranstaltungen abgesagt werden müssen:

- Seniorennachmittag
- Betriebsausflug der Stadtverwaltung
- Sportlerehrung

Angesichts der Tatsache, dass aufgrund der Corona-Pandemie zahlreiche Veranstaltungen abgesagt werden müssen, komme den Veranstaltungen, die – unter Einhaltung der Hygienevorschriften – stattfinden können, eine umso größere Bedeutung zu. Die Verwaltung habe sich daher gefreut, dass am vergangenen Wochenende das Bowtie-Konzert im Rankbachstadion und auch das Autokino am Ausweichparkplatz Sportpark in Kooperation mit dem Naturtheater Renningen, VHS und Kinomobil stattfinden konnten und von den Besuchern begeistert angenommen wurden. Die Veranstalter beider Events gaben sich sehr große Mühe, für eine Einhaltung der Hygienebestimmungen zu sorgen. Bei dem Bowtie-Konzert wurde jedoch gerügt, dass in manchen Fällen von Besuchern die vorgeschriebenen Abstände nicht eingehalten wurden und der Veranstalter dem nicht ausreichend entgegengetreten sei. Die Verwaltung werde hierzu das Gespräch mit dem Veranstalter des Konzerts suchen. An der Veranstaltung teilnehmende Mitglieder des Verwaltungsausschusses berichteten hingegen, dass der Veranstalter sich große Mühe gab, die Hygienevorschriften einzuhalten.

Der Verwaltungsausschuss **nahm** hiervon **Kenntnis**.

Nach der Beantwortung einer Anfrage aus der Mitte des Gremiums durch die Verwaltung bedankte sich Bürgermeister Faißt bei den erschienenen Zuhörern und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.